



Irmgard M. Alteköster
Stühlhahnsweg 7
59846 Sundern Hagen

Tel. 02393-220274
Fax: 02393-220275
Mail: irmgard.m@altekoeester-hagen.de

Irmgard M. Alteköster, Stühlhahnsweg 7, 59846 Sundern Hagen
KAG Initiative Sundern

offener Brief an die Landesregierung NRW
Fraktionen der CDU und FDP
Kopie an die Fraktionen der SPD und Grüne
Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

Datum: 26.03.2019

Straßenausbaubeiträge nach KAG NRW

Sehr geehrte Damen und Herren,

längere Zeit haben Sie nichts von mir oder meinen Mitstreitern in Sundern gehört. Wir sind aber in der Zeit über den Jahreswechsel nicht untätig geblieben!

Wie Sie sehen können, haben wir uns nun auch in Sundern ortsteilübergreifend für mehrere betroffene Straßen zu einer Gruppe zusammengeschlossen, um gemeinsam dafür zu kämpfen, dass die ungerechten Straßenausbaubeiträge abgeschafft werden.

Landesweit schließen sich immer mehr Bürger zu Gruppen und Initiativen zusammen, um dieses Ziel zu erreichen. Dem Aufruf des Bundes der Steuerzahler sind inzwischen über 400.000 Menschen gefolgt. Das sind ca. 3,62 % der Wahlberechtigten in NRW. Eine in keiner Weise zu verachtende Zahl. Eine Zahl, die über einen Wahlausgang durchaus entscheidend sein kann! Mehr als 10.000 Menschen sammeln diese Unterschriften. Es werden noch weiter Unterschriften gesammelt, so dass die Zahl noch steigen wird.

Über die sozialen Medien stehen wir mit anderen Gruppen und Initiativen in NRW in Verbindung und tauschen uns dort regelmäßig aus. Auch haben wir so landesweit die Medienberichte zur Verfügung, die über immer haarsträubendere Summen berichten, die auf einzelne Anlieger zukommen. Jeden Tag bilden sich mehr Initiativen in immer mehr Städten und Gemeinden, um gegen die Beiträge zu demonstrieren und zu kämpfen.

Es tut sich also was im Land.

Und was tut sich in Düsseldorf bei der Landesregierung?

NICHTS!

Die letzte Rückäußerung aus Düsseldorf habe ich von Herrn MdL Klaus Kaiser, unserem heimischen Abgeordneten der CDU mit Schreiben vom 19.12.2018 bekommen. Und das erst, nachdem wir der Presse berichtet haben, dass es keine Antworten gibt auf Anfragen von uns. In seiner Antwort ist von einem beginnenden Beratungsprozess die Rede, in dem spürbare Verbesserungen für uns Bürgerinnen und Bürger erzielt werden sollen. Bis jetzt spüren wir nichts vom vermeintlichen Beratungsprozess.

Wir glauben, dass diese Beratungen so ziemlich in einer Sackgasse stecken, weil Sie langsam merken, in welche Zwickmühle Sie sich selbst manövriert haben, aus der Sie wohl kaum ohne größere Blessuren, sprich Wahlverluste, wieder herauskommen werden.



Wir glauben, dass Sie mit einer solchen Protestwelle nicht gerechnet haben. Und die Welle hat noch nicht ihren Höhepunkt erreicht. Sie haben sich einfach verschätzt.

Im Land werden immer häufiger öffentliche Veranstaltungen wie Podiumsdiskussionen oder Informationsstände auf den Straßen durchgeführt und die breite Öffentlichkeit ist inzwischen sehr gut informiert über das Thema. Auch viele Nichtbetroffene unterstützen die Aktionen im Land. Die Ungerechtigkeit spüren immer mehr Bürger und Wähler in NRW.

Als Landesregierung isolieren Sie sich zunehmend! Sie sind nicht mehr bei Ihren Wählern!

Sie werfen den Unterstützern der Unterschriftenaktion sogar Populismus vor!

Ich persönlich, als Unterstützerin der Unterschriftenaktion des Bundes der Steuerzahler verbitte mir den unverschämten Vorwurf des Populismus! Dies gilt ebenso für meine Mitstreiter in Sundern und im Land NRW.

Die Aussage zeigt aber, in welcher Zwickmühle Sie wirklich stecken, Sie nehmen die Realität einfach nicht mehr wahr!

Frau Ministerin Scharrenbach hat in ihrem Antwortschreiben an mich vom 06.12.1018 immerhin schon einmal zugegeben, dass aus den verschiedensten Zuschriften nachvollziehbar ist, dass die Veranlagung im Einzelfall für die betroffenen Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer hohe und teilweise erhebliche Belastungen bedeuten, die die Einzelne bzw. den Einzelnen auch finanziell überfordern könnten. Einsicht ist der erste Weg zur Besserung!

Nur sind es nicht Einzelne, die überfordert sind durch die finanziellen Belastungen, die mit den Straßenausbaubeiträgen einhergehen. **Es sind Viele!** Denn es leben in den betroffenen Straßen meist Menschen, die heute schon finanziell gerade über die Runden kommen, oder jetzt schon finanziell überfordert sind.

Sie schreiben Rentner und junge Familien seien heute nicht in der Lage, kurzfristig größere Summen aufzubringen. Sie sind auch nicht langfristig in der Lage, größere Summen aufzubringen!

Ich hole kurz aus:

Auf Deutschland rollt eine riesige Welle zu, die Altersarmut heißt! Kleine Vorwellen der Altersarmut, die jetzt schon ankommen, werden von der Politik gelehnt und ignoriert, die kommende Altersarmut erst recht nicht gesehen.

Der Armutsforscher Stefan Sell von der Uni Koblenz hat folgendes Beispiel genannt.

Um eine Standardrente zu bekommen muss ein Arbeitnehmer 45 Jahre ohne Unterbrechung mindestens das derzeitige Durchschnitts-Arbeitseinkommen verdienen = 3.022 Eur./Monat. Das würde nach heutigem Stand eine Bruttorente von ca. 1.300 Eur., eine Nettorente von ca. 1.100 Eur. ergeben.

Jetzt sagen Sie mir, welche kleinen Angestellten wie Krankenschwester, Verkäuferin, Friseurin, Büroangestellte, Arzthelferin, Altenpflegerin, Erzieherin, Autoschlosser, Malergesellen etc., welche kleinen Berufstätigen in der heutigen Zeit einen solchen Verlauf in ihrem Arbeitsleben mit einem solchen Lohn vorweisen können! All diese Menschen werden in Zukunft arm sein!



Vielleicht haben sich Einige dieser kleinen Leute als junge Familien mühsam ein Eigenheim gebaut, welches vielleicht bei Eintritt der Rente abgezahlt ist und zusätzlich zu der Altersvorsorge Eigenheim haben sie es vielleicht auch noch geschafft, eine kleine Lebens- oder Rentenversicherung als Altersvorsorge abzuschließen. Das ist aber nur zu schaffen, wenn auch wirklich nichts dazwischen kommt, wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit, Scheidung oder gar Tod eines Ehepartners.

Diesen Leuten wollen Sie dann einen 5-stelligen Betrag aus der Tasche ziehen! Und das bei so einem Landshaushalt?

Oder der alleinstehenden Witwe, die vor ein paar Jahren den Mann nach langer Pflegebedürftigkeit verloren hat. Ihn zuerst zuhause gepflegt hat, bis es nicht mehr ging. Als er dann ins Heim kam, musste die Altersvorsorge bis auf den letzten Cent aufgebraucht werden. In NRW liegt der Eigenanteil der Heimkosten bei über 2000 Eur. Die Witwe kann eigentlich aufatmen, wenn der Mann gestorben ist, dass sie dann von der Witwenrente wenigstens ihr Auskommen im kleinen, mietfreien Häuschen hat.

Wollen Sie Dieser Frau einen 5-stelligen Betrag aus der Tasche ziehen? Und das bei so einem Landshaushalt?

Oder den Menschen, die jahrelang mühsam gearbeitet und schon vor Eintritt des Regelrentenalters aus Krankheitsgründen verrentet werden müssen? Die froh sein können, irgendwie mit der mickrigen Erwerbsminderungsrente über die Runden zu kommen?

Ich könnte unzählige Beispiele anbringen.

Diesen Menschen zu sagen, sie könnten in Raten zurückzahlen, ist eine Frechheit! Wohlmöglich großzügig über 3 Jahre bei 20.000 Eur. sind das 7000 Eur. im Jahr. Das ist oft 100 % einer Jahressumme der heutigen Erwerbsminderungsrente!

Bankkredite sind für Rentner nicht mehr zu bekommen, für Familien, die noch Finanzierungen laufen haben, ebenfalls kaum. Das ist die Realität, die Sie nicht (mehr) wahrnehmen!

Eine frühzeitige Beteiligung der Bürger schützt nicht vor hohen Kosten! Sie hilft auch nicht, sich auf diese Forderung einzustellen, weil das Geld auch über die Jahre vorher nicht da ist! Ebenso scheidet die Ratenzahlung quasi aus, weil die Leute sie einfach nicht leisten können. Außerdem schafft sie ein Bürokratiemonster und die Menschen haben dadurch keinerlei Entlastung zu erwarten.

Denn rechnen Sie es sich doch selbst mal aus, was eine Ratenabzahlung für eine Summe in Höhe von 25.000 Eur. bedeutet, wenn es einen Rentner von 65 Jahren trifft und er bekommt wider Erwarten noch einen Kredit. Ohne Zinsen bei einer Rate von 75 Eur. im Monat zahlt er 27 Jahre bis er 92 ist, wenn er überhaupt so lange (Lebens-)Zeit bekommt. Glauben Sie, die monatliche Zahlung von 75 Eur. sei eine Entlastung, bei einer Durchschnittsrente für einen Mann von ca. 1000 Eur., bei einer Durchschnittsrente für eine Frau von ca. 620 Eur.? Ich glaube das nicht!

Sollten Kommunen selbst entscheiden, entscheiden sich reiche Kommunen gerne für die Abschaffung der Beiträge und damit für den Zuzug von jungen Menschen, Arbeitskräften und Unternehmen, die dem Fortkommen der Kommune dienen, diese Kommunen werden so noch reicher.

Die armen Kommunen schaffen die Beiträge nicht ab, ihnen bleiben die sozial Schwachen, die Alten, die Kranken, die Wirtschaft zieht ab, weil keine Kaufkraft und keine Arbeitskräfte da sind, diese Kommunen werden noch ärmer!

Und das meinen Sie, sei eine sozial gerechte Lösung? Nein, so spielen Sie die Kommunen und die Städte und Gemeinden gegeneinander aus. Das passiert gerade in Hessen. Das ist im höchsten Grade unsozial!

Nach Gesetz sind Sie dazu verpflichtet, für alle gleiche Lebensverhältnisse zu schaffen!



Sie wollen eine faire und tragbare Lösung schreiben Sie.

Warum würde es zu Ungerechtigkeiten führen, wenn eine vollständige Kostenübernahme durch das Land erfolgen würde? Kommunen wären gleich gestellt und Bürger in Zukunft auch. Für Bürger, die gerade erst gezahlt haben, ließe sich über Grundbesitzabgabenschlüssel nachdenken, die auch zu deren Entlastung führen könnten. Aber es geht ja auch um die Zukunft dieser Bürger, denn sie sind ja nicht davor gefeit, nicht in 30 Jahren erneut zur Kasse gebeten zu werden.

Bis heute hat kein Politiker schlüssig darlegen können, welcher Sondervorteil, bzw. welche spürbare wirtschaftliche Privilegierung durch eine besser ausgebaute Straße für den Anlieger entsteht. Es werden heute funktionstüchtige Straßen für den Straßenausbau vorgesehen, obwohl sie weit über 50 Jahre als funktionstüchtig galten und dafür sorgten, dass die Grundstücke jederzeit und ohne Hindernisse gut erreicht werden konnten. Teilweise ist die Situation für den Bürger vor dem Ausbau der Straßen sogar besser, als nach dem Ausbau der Straßen. Z.B. durch den Wegfall von Stellplätzen im öffentlichen Bereich. Das ist die Realität, die Sie nicht (mehr) wahrnehmen.

Es gibt keine messbaren wirtschaftlichen Vorteile in Bezug auf Verkehrssicherheit, Müllentsorgung, Wasser- und Abwasserleitungen, Straßenbeleuchtung, Stellplätzen, etc. Es gibt keine konkreten wirtschaftlichen Vorteile!

Das System der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen stellt daher heute keinen ausgewogenen Ausgleich zwischen dem Nutzen der Anliegenden und dem Nutzen der Allgemeinheit dar. Es verstößt gegen die Gleichbehandlung, insbesondere dann, wenn es dazu kommen sollte, dass die Gemeinden selbst entscheiden können, ob sie Beiträge erheben oder nicht.

Die KAG's stammen noch aus Kaisers Zeiten und wurden erlassen, damit die damaligen Großgrundbesitzer sich am Aufbau der Reichs-Infrastruktur beteiligten. Manche KAG's sind fast unverändert erhalten, bis in die heutige Zeit.

Sie sprechen immer von den direkt Anliegenden als Nutzer der Straßen. Das war in früheren Jahren der Fall, vielleicht sogar noch bis vor 50 Jahren so, zu der Zeit war das KAG eine gute Lösung. Die Straßen wurden von den Anliegern genutzt und selten bis nie von der Allgemeinheit.

Heute aber werden die „Anliegerstraßen“ von Allen genutzt! Vornehmlich im ländlichen Bereich durch landwirtschaftlichen Nutzverkehr und durch Fremdenverkehr. Von daher kann es nur so sein, dass die Sanierung der Straßen auch von allen getragen wird.

Kurz zusammengefasst:

Ihr vorgelegter „5-Punkte-Plan“ vom 20.11.2018 ist also eine Luftnummer, denn ...

- er beseitigt die Überforderung der Bürger nicht,
- er bringt keine spürbaren Entlastungen für die Bürger,
- er spielt Arme und Reiche gegeneinander aus,
- er ist unsozial und ungerecht,
- er verstößt gegen die Gleichbehandlung,
- er fördert die Altersarmut und führt zu Altersarmut,
- er führt allgemein zur Verarmung der betroffenen Bürger und
- er führt zur weiteren Verarmung ärmerer Kommunen.

Deshalb fordern wir Sie auf:



Hören Sie auf die Bürger und ihre Initiativen und Gruppen im Land, auf die vielen Bürgermeister, die Stadt- und Gemeinderäte und schaffen Sie die Straßenausbaubeiträge ab!
Bedenken Sie, auch im Lager der Koalitionsparteien gibt es inzwischen viele Politiker auf Kommunalebene, die ebenfalls für eine Abschaffung der Beiträge sind. Die FDP wird auf ihrem Landesparteitag Anfang April über einen Antrag der FDP Ortsverbände Stolberg und Eschweiler entscheiden müssen, diese Verbände fordern die Abschaffung des KAG.

Man sieht, es tut sich was im Land!

Nur die Landesregierung hat es noch nicht gemerkt, oder scheint es nicht zu merken.

Aber Hauptsache, Sie merken es noch vor den nächsten Wahlen!

Mit freundlichen Grüßen

Für die

KAG-Initiative WWW.STRABS-STOP-SUNDERN.DE mail: kontakt@strabs-stop-sundern.de

Irmgard M. Alteköster
Christian Neuhaus
12 Grundstücksparteien

Stühlhahnsweg 7, 59846 Sundern
Stühlhahnsweg 5, 59846 Sundern

Michael Frahling
Silke Kampmann
25 Grundstücksparteien

Hengstenberg 13, 59846 Sundern
Hengstenberg 19, 59846 Sundern

Uwe Filipponi
Peter Kampmann
40 Grundstücksparteien

Am Rehberg, 59846 Sundern
Am Rehberg, 59846 Sundern

Klaus Tillmann
Martin Schulte
9 Grundstücksparteien

Erfthagen, 59846 Sundern
Erfthagen, 59846 Sundern

Tanja Ahring
Frank Herrmann
Thomas Holzapfel
29 Grundstücksparteien

Martinusweg, 59846 Sundern
Martinusweg 22, 59846 Sundern
Martinusweg 25, 59846 Sundern

Serhat Sarikaya
Vorsitzender SPD Sundern

Berliner Straße 5, 59846 Sundern



Kopie an: WP und WR Sundern, Blickpunkt Arnsberg-Sundern, Sauerlandkurier, Wochenanzeiger, WDR, Radio Sauerland,
Stadt Sundern: CDU, SPD, FDP, Grüne, WISU, Bürgermeister Brodel
Anlieger der betroffenen Straßen